

# Liberal

LDP  
Liberal-  
Demokratische  
Politik!

Liberal-Demokratische Partei Basel-Stadt • Vereinigung der Liberalen und des Gewerbes • Liberal-Demokratische Partei Riehen/Bettingen • Jungliberale Basel

## Liberaler Politik - wichtig wie eh und je!



von Partei-  
präsidentin  
Patricia von  
Falkenstein

Erinnern Sie sich, vor einem Jahr hatte die SP die ausgesprochen schlechte Idee, die Chefs diverser Firmen, die für Basel und die Schweiz von grosser Bedeutung sind, am 1. Mai auf den Barfüsserplatz einzuladen, um ihre Löhne vor den Genossinnen und Genossen zu rechtfertigen. Diejenigen Sozialdemokraten, die zur Wirtschaft stehen, versuchten, die Aktion als freche Idee der Jungsozialisten zu verharmlosen und schönzureden. Inzwischen wissen wir, dass die politische Linke den Bogen noch weiter überspannt: Die 1:12-Initiative, die Mindestlohninitiative, die Erbschaftssteuer-Initiative und ein unrealistisch hohes garantiertes Grundeinkommen sind weitere Produkte aus linken Küchen. Auch zu dieser Stossrichtung, der Wirtschaft engere gesetzliche Rahmenbedingun-

gen zu verpassen, gehört die Vorlage mit der Frauenquote. Wir von der LDP wehren uns, wo und wie wir können, gegen solche Vorhaben. Wir stehen für eine möglichst liberale Wirtschaftsordnung ein. Selbstverständlich sind geltende Gesetze einzuhalten, selbstverständlich müssen Firmen korrekt und nach anerkannten Standards geführt werden. Wir engagieren uns jedoch entschlossen gegen populistische Forderungen, sei es dass sie zu Erschwernissen für die Pharma-Industrie führen oder den Banken den Alltag mühsamer machen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaft und das Gewerbe auch in unserer Stadt gute Bedingungen vorfinden, von den Steuern bis zur Zufahrts- und Liefermöglichkeit in die Innenstadt. Die Liberalen sind bekanntlich keine Einthemen-Partei. Wir engagieren uns sowohl für gesunde Staatsfinanzen als auch für gute Angebote in der Betreuung von Kindern und Jugendlichen wie auch für die Anliegen der älteren Generation. Kultur ist uns ebenso wichtig wie Bildung, oder ein

ansprechendes Stadtbild und eine vernünftige Verkehrspolitik - ohne Verteufelung des Autos. Wir sind der Meinung, die Regierung und Verwaltung müssen mit Steuergeldern sorgfältig und verantwortungsvoll umgehen. Vernünftig finden wir es nicht, wenn zum Beispiel für eine kurze und nicht notwendige Tramstrecke fast 70 Millionen Franken ausgegeben werden sollen. Deshalb haben wir auch mitgewirkt beim Referendum gegen das Erlenmatt-Tram. Ebenfalls korrigieren wollen wir die Zufahrtsmöglichkeiten in die Innenstadt. Die Gewerbebetriebe dürfen nicht schikaniert und gegenüber der auswärtigen Konkurrenz benachteiligt werden durch unsinnige Verkehrsregelungen.

Unsere Fraktion im Grossen Rat ist sehr aktiv. Dies drückt sich nicht in erster Linie durch die Anzahl von politischen Vorstössen oder in unzähligen Voten aus, sondern durch seriöse Arbeit in den Kommissionen, aktives Verfolgen der Debatten und profundes Einbringen der liberalen Haltung in der politischen Arbeit. Wir setzen uns dafür ein, auch Sie, liebe Parteimitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten, im Kantonsparlament zu vertreten.

Wir werden auch in diesem Jahr sehr gefordert sein. Die nächsten wichtigen Abstimmungen stehen bevor. Auch sind wir bereits an den Vorbereitungsarbeiten für die nächsten beiden wichtigen Jahre mit eidgenössischen und kantonalen Wahlen, 2015 und 2016.

Allen Ihnen, die Sie unsere Arbeit unterstützen, danke ich sehr herzlich! Kommen Sie an unsere Partei-Anlässe und überzeugen Sie sich selbst von unserem Wirken auf der

### Aus – geplaudert!

OnlineReports Basel berichtete über die Haltung der Regio-Kommission zur Fusionsinitiative und den Gegenvorschlag zu einem Zeitpunkt, in dem sich die Kommissionsmitglieder noch die Frage stellten, wie weit sie ihre Fraktionen informieren dürfen. Dies ist keine Kritik gegen OnlineReports und erst recht nicht gegen „Primeurs“! Nur wer der Öffentlichkeit „Primeurs“ präsentieren kann, hat die Nase vorn! Eine ganz andere Sache sind die Lücken, durch die mit grosser Regelmässigkeit vertrauliche Informationen anonym schlüpfen. Es ist jeweils schwer herauszufinden, durch wen Informationen weitergegeben werden, die eigentlich nicht weitergegeben werden dürften. Nicht nur das, es ist auch ärgerlich, verstösst gegen die Regeln, denen Kommissionsmitglieder unterstehen - und schafft vor allem Misstrauen! Dass der Öffentlichkeit damit Gelegenheit gegeben wird, Stellung zu laufenden Geschäften zu beziehen, bevor diese von den zuständigen Gremien absegnen sind, führt nicht selten zu einer verzerrten Meinungsbildung, die anschliessend kaum mehr korrigiert werden kann. Offenbar ist gegen Indiskretionen kein Kraut gewachsen. Viel wichtiger ist aber, dass die Zusammenarbeit zwischen BS und BL – unabhängig von allen „Nebengeräuschen“ rund um die Fusions-Initiative – konstruktiv und zügig vorangetrieben wird.

Christine Wirz-von Planta

### Inhalt

Liberaler Politik - wichtig wie eh und je	1
Aus-geplaudert!	1
LDP Kleinbasel: Nach Lösungen mit Augenmass streben	2
Urs Berger, neuer Bankrat der LDP	3
Tram Erlenmatt: Solch ein teures Tram braucht es nicht	4
Pädophilen-Initiative: Keine Parole	4
Motion Conradin Cramer: Kampf gegen massive Gebührenerhöhungen für Stiftungen	5
Anlass im Rathaus: Sehens-, essens- und trinkenswertes	6
Jungliberale: Gedanken zum Stabswechsel	7
Lukas Engelberger in den Regierungsrat: Familie, Innovation und Wirtschaft als politische Schwerpunkte	8
Andreas Albrecht: Das „juristische Gewissen“ geht	9
Neu im Grossen Rat: Raoul Furlano	9
Abschiedsrede des Grossratspräsidenten	10
Osterhasen-Verteilte: Eine Tradition wird weitergeführt	10
Glosse: Jedem Regierungsrat sein Denkmal?	12

politischen Bühne! Lassen Sie uns wissen, in welchen Bereichen wir vielleicht noch aktiver werden sollten, zögern Sie auch nicht mit Kritik oder Anregungen. In einer wirklich liberalen Partei ist dies gern gesehen!

## LDP Kleinbasel: Nach Lösungen mit Augenmass streben

Die Hauptprobleme, unter denen das „mindere“ Basel leidet, sind seit Jahren dieselben: mangelnde Sicherheit, Littering und Auswüchse im Rotlichtmilieu. Die LDP Kleinbasel hat sich mit verschiedenen Vorstössen engagiert, im Wissen, dass es kein Allerheilmittel gibt. Es wurden aber Lösungen gesucht und zu einem guten Teil auch gefunden, die – mit Augenmass angewendet – Besserung versprechen.

Es ist für einen Liberalen immer eine Gratwanderung: Zum einen möchte er möglichst viel Eigenverantwortung und möglichst wenig Einmischung des Staates. Zum anderen muss er auf einigermassen strikte Regeln und deren Durchsetzung pochen, wenn das Zusammenleben aller oder die freie Entfaltung der Einzelnen bedroht ist. Dies ist speziell im Kleinbasel der Fall, wenn gewisse Gegenden – etwa wegen dealenden Schwarzafrikanern – von Frauen oder älteren Personen nicht mehr mit gutem Gefühl betreten werden können. Oder wenn den Hausbesitzern durch „Geniesser des mediterranen Lebensgefühls“ mittels Entsorgung der Abfälle in Vorgärten und Wildpinkeln in Eingängen der Sommer gründlich verdorben wird.

### Direkter Kontakt zur Bevölkerung

Damit die zuständigen staatlichen Stellen, zwar mit Augenmass, wo nötig aber auch mit der nötigen Konsequenz,

eingreifen können, müssen sie zuerst überhaupt wissen, wo der Schuh drückt. Und damit die Bürgerinnen und Bürger dies der Verwaltung direkt mitteilen können, regte LDP-Grossrat André Auderset schon vor rund zwei Jahren mit einem Anzug an, die früher sehr erfolgreichen „Kleinbasler Stammtische“ wieder einzuführen und gleich auch Kleinhüningen einzubeziehen.

### Angebot erweitert

Der Regierungsrat liess sich bis dieses Frühjahr Zeit mit der Antwort, konnte aber doch vermelden, dass sich in der Zwischenzeit einiges getan hat. Im Kleinbasel gibt es – zum Teil schon länger, zum Teil erst seit kurzem – unterschiedliche Arbeitsgruppen und Gremien, die sich bei Bedarf themenbezogen austauschen und Lösungsansätze diskutieren. Um unterschiedliche Anliegen erfassen zu können, setzen sich diese aus Verwaltungsangestellten, Quartierorganisationen und Vertreterinnen und Vertretern aus der

Bevölkerung zusammen. Der Regierungsrat erwähnt zu recht die Zusammenarbeit mit dem Stadtteilsekretariat Kleinbasel. Daraus können sich mehr oder minder institutionalisierte Treffen und Gesprächsrunden ergeben. Dieser Austausch erlaubt es den Behörden, die entsprechenden Problemstellungen im Rahmen der geltenden Gesetze gezielt anzugehen. Die LDP Kleinbasel ist in diesem Gremien mit den beiden Delegierten Carmen Kolp und Michael Trachsel vertreten, die sich bei den Delegiertenversammlungen und in verschiedenen Untergruppen engagieren. Betreffend der Situation am Kleinbasler Rheinufer tauschen sich während der Sommermonate am Runden Tisch «RIPA forte» Anwohner und Behörden zu Themen wie Lärm, Littering und Drogenhandel in regelmässigen Sitzungen aus. Bereits 2007 wurde im Rahmen der Stadtentwicklungsprogramms Basel Nord die Kontaktgruppe Kleinhüningen gegründet. Seither treffen Quartiervertretende und Projektverantwortliche aus der Verwaltung ein- bis zweimal jährlich zusammen, um Informationen zu den aktuellen Projekten und die Anliegen von Seiten des Quartiers auszutauschen. Dieses Gremium mit einem klar eingegrenzten Ortsbezug hat sich bewährt. Eine ähnliche Kontaktgruppe wird daher für das Obere Kleinbasel aufgeleitet.

### Erfolgreiche «kleinStadtgespräche»

Neu ist die Reihe «kleinStadtgespräche», die das Stadtteilsekretariat im 2013 organisiert hat. Eingeladen zu den Veranstaltungen im Restaurant Feldberg waren die Quartierbevölkerung sowie gezielt angefragte Vertreter aus der Verwaltung und Politik.

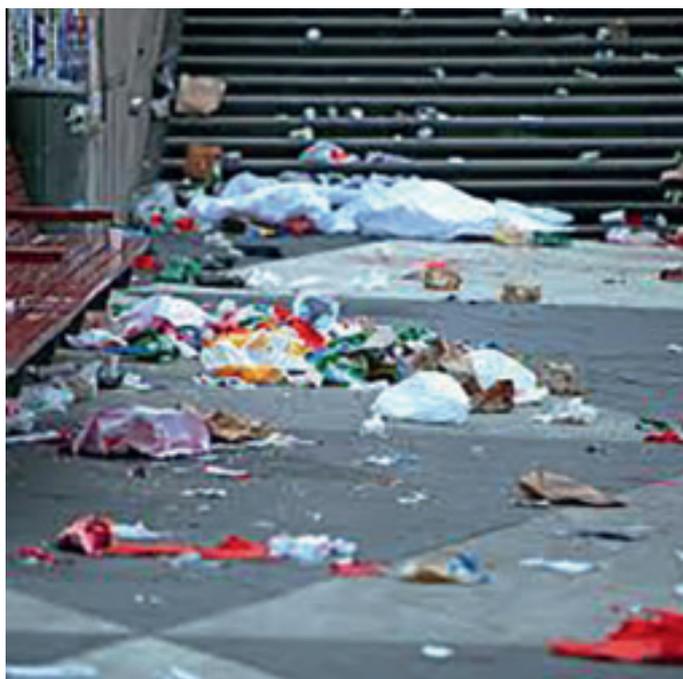
### Kontakte nutzen!

Mitglieder, die Anliegen im Kleinbasel haben, sind gebeten, mit Carmen Kolp (Mail: carmen.kolp@bluewin.ch) oder André Auderset (andre.auderset@ldp.ch) Kontakt aufzunehmen oder ihre Anliegen per Brief oder Fax an das Sekretariat der LDP (Adresse und Faxnummer auf der letzten Seite) zu richten, damit Themen zeitnah und persönlich besprochen und im Stadtteilsekretariat oder im Grossen Rat eingebracht werden können.

Die inhaltlichen Schwerpunkte für jeden der bisher vier Abende bildeten Themen, welche die Quartierbevölkerung im Kleinbasel beschäftigt: Lärm, Littering, Angst und Verunsicherung. Es scheint daraus doch Teilerfolge zu geben: Strassen und Plätze werden – laut Rückmeldungen an das Stadtteilsekretariat – als insgesamt sauberer wahrgenommen. Aufgrund der positiven Resonanz und den erzielten Wirkungen werden auch im 2014 «kleinStadtgespräche» durchgeführt. Die obengenannten Beispiele zeigen auf, dass nun eine ganze Reihe unterschiedlicher Gefässe im Kleinbasel bestehen, in denen eine konstruktive und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit Problemen in den Quartieren stattfindet. Diese Gefässe werden von der Verwaltung und der Quartierbevölkerung gleichermaßen begrüsst und können bei Bedarf auch auf andere Themenbereiche oder Quartiere ausgeweitet werden. Es gilt nun, sie auch weiterhin zu nutzen.

### Ungelöste Rotlicht-Problematik

Noch ziemlich ungelöst ist dagegen die Rotlichtproblematik. Selbstverständlich ist der Anwohnerschaft der Toleranzzonen bewusst, dass sie mit gewissen Unannehmlichkeiten leben müssen. Die enorme Ausweitung der Strassenprostitution im Sommer und Herbst 2013 mit einem explosiven Anstieg der Zahl der Prostituierten und einem sehr offensiven Verhalten



Viel zu häufig sind solche Bilder - etwa an den Rheinuferwegen - zu sehen!

## Urs Berger, neuer Bankrat der LDP



Die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei Basel-Stadt hat Urs Berger, den Verwaltungsratspräsidenten der Mobiliar Versicherung, erfolgreich für den Bankrat der Basler Kantonalbank BKB nominiert; er wurde vom Grossen Rat am 8. Januar 2014 mit einem ausgezeichneten Resultat gewählt. Urs Berger ist nicht Parteimitglied, Fraktion und Vorstand der LDP sind aber überzeugt und freuen sich, mit Urs Berger einen hochqualifizierten Fachmann für dieses Amt gefunden zu haben, der liberalem Gedankengut sehr nahe steht. Mit der Nominierung und erfolgreichen Wahl dieses bestens geeigneten Kandidaten für den Bankrat leistet die LDP einen wichtigen Beitrag, die Basler Kantonalbank zu stabilisieren. Urs Berger präsidiert seit Juni 2011 den Schweizerischen Versicherungsverband und gehört seit September 2012 dem Vorstandsausschuss des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse an. Die Wahl von Urs Berger als Bankrat fällt in eine für die BKB nicht einfache Zeit. Einerseits gilt es verschiedene Probleme der vergangenen Jahre aufzuarbeiten und das Vertrauen von Publikum und Behörden in die Bank wieder vollständig herzustellen. Andererseits ist das Kantonalbank-Gesetz mitten im politischen Prozess der Totalrevision. LIBERAL wird in seiner nächsten Ausgabe ein längeres Interview mit Bankrat Urs Berger bringen, in welchem er sich zu den wichtigen aktuellen Themen rund um die Basler Kantonalbank, wie auch zu den ersten Erfahrungen und Erkenntnissen seiner neuen Tätigkeit äussern wird.

Michael Koechlin

der neu dazu gekommenen Damen brachte aber das Fass zum Überlaufen. Von Anwohnenden alarmiert reichte Auderset eine Interpellation ein, die vom Regierungsrat mündlich und nicht besonders verständnisvoll beantwortet wurde.

### Polizeipräsenz nach Vorstössen verstärkt

Dasselbe Schicksal widerfuhr seinem Grossrats- und Parteikollegen Felix Eymann, der sich besorgt über mangelnde Sicherheit rund um den Claraplatz an den Regierungsrat wandte. Immerhin konnte seither eine deutliche Zunahme der personellen Präsenz der Polizei festgestellt werden, was auch einen Zusammenhang mit der neuen Leitung des Polizeidepartements haben dürfte (Baschi Dürr wohnt im Kleinbasel und weiss, was hier vorgeht). Die beiden Kleinbasler Grossräte werden die Entwicklung – speziell in der nun wärmeren Jahreszeit – intensiv beobachten und notfalls mit neuen Vorstössen reagieren.

### Für den Erhalt der Kaserne

Ein weiteres Projekt, welches im letzten Jahr stark durch die LDP Kleinbasel begleitet wurde, ist das Umbauprojekt der Kaserne Basel. In einer Arbeitsgruppe konnten alle Bedingungen eingebracht werden, welche für das Quartier, die Bevölkerung und die Nutzenden als Anspruch an das Projekt gestellt wurden. Das Stadtteilsekretariat stellte ein Jurymitglied, welches diese Bedingungen vertrat. Dass gleich alle Forderungen erfüllt wurden, erfreute - und noch mehr, dass das Siegerprojekt die Grundsubstanz der Kaserne weitgehend unangetastet lässt.

### Baubewilligungen für Festzelte?

Für Lösungen mit Augenmass warb Auderset auch mit einer Motion, welche die einfachere Bewilligung temporärer Bauten fordert. Für solche Bauten auf privatem Grund wie Festzelte, Bühnen oder Installationen für nach draussen vertriebene Rau-

cher genügt beim ersten Mal das sogenannte Meldeverfahren. Wird dieselbe Installation am selben Ort ein Jahr später wieder gewünscht, ist dagegen ein Baubewilligungsverfahren unter Beizug eines Fachmannes und mit den üblichen Einsprachemöglichkeiten zu durchlaufen. Es erscheint widersinnig, etwas, was in einem Jahr problemlos möglich ist, im Folgejahr einem sehr komplizierten Prozedere zu unterziehen. Weiter ist eine nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung zu Installationen auf Allmend festzustellen, da diese wesentlich unkomplizierter bewilligt werden können.

### Regierungsrat lenkt ein

Der Regierungsrat sieht die Motion als rechtlich zulässig an und will dem Anliegen nachkommen, wie er diesen April erklärte. Da heute die Regelung bezüglich Baubewilligungspflicht auf Verordnungsstufe erlassen ist, soll die Umsetzung des Anliegens ebenfalls auf dieser Stufe geschehen. Die Motion soll deshalb als Anzug überwiesen werden. Damit kann sich die LDP einverstanden erklären.

### Auch kleine Sorgen zählen

Neben sehr dringenden Problemen, die fast alle betreffen, gibt es auch eine Vielzahl von Anliegen und Sorgen, die nur Teile der Kleinbasler bewegen oder auf den ersten Blick nicht „weltbewegend“ erscheinen. Auch diese haben aber die Berechtigung, gelöst zu werden

– und die LDP Kleinbasel nimmt sich diesen „Sörgeli“ gern und oft erfolgreich an. Ein Erfolg war etwa die Schaffung der Hundebadezonen beim Tinguely-Museum und, auf Grossbasler Seite, am St. Alban-Rheinweg – eine Idee, die mittels einer Petition von der LDP Kleinbasel lanciert wurde, da an der gesamten Rheinpromenade Leinenpflicht, bzw. am Rheinbord Hundeverbot galt. Die Hunde können sich im Sommer nun „ungestraft“ erfrischen, sollte Herrchen oder Frauchen am Rhein flanieren. Ein Projekt, welches bereits im 2012 auf Druck der LDP Kleinbasel lanciert wurde, konnte im 2013 wegen seines Erfolgs noch erweitert werden: der Hundespielplatz im Horburgpark. Dieser wurde mit fünf Spielgeräten bestückt und erfreut Hunde wie Besitzer. Der Spielplatz wird rege genutzt und dient auch als Begegnungszone für Hundebesitzer und -besitzerinnen.

### Ärgernis Kirchen-Pissoir

Nicht ein „Sörgeli“, aber ein echtes Ärgernis, waren die Pissoir-Anlagen, die – in grosser Zahl und wild angeordnet – während der Fasnacht ausgerechnet an der Mauer der Theodors-Kirche aufgestellt wurden. Felix Eymann beschwerte sich darüber beim Regierungsrat, erhielt aber nur die ziemlich flapsige Antwort, dass das Fasnachts-Comité dies so gewünscht hätte. Was den Kleinbasler Grossrat zur berechtigten Frage animierte, ob es sich dabei um eine vorgesezte Behörde der Regierung handle...



Das Basler Baudepartement verlangte jüngst sogar für den Auftritt einer Guggenmusik im „Stücki“ ein Baugesuch! Damit solch überspitzter Formalismus in Zukunft unterbunden werden kann, fordert eine Motion Auderset einfachere Verfahren.

## Tram Erlenmatt: Solch ein teures Tram braucht es nicht

Die LDP ist für den öffentlichen Verkehr und teilt die Liebe der Bevölkerung zu den Basler „Drämmli“. Es kann aber nicht angehen, viele Millionen für den Bau einer kaum genutzten Tramstrecke zu verschwenden - Geld, das dann für andere, sinnvollere Projekte fehlt!



von Grossrat Heiner Vischer

Am 18. Mai stimmen wir über das sogenannte „Tram Erlenmatt“ ab. Es handelt sich dabei um ein 1.2km langes Tramstück, das den Badischen Bahnhof mit dem Riehenring (Station Musical Theater) verbinden soll. Der Grosse Rat verabschiedete letzten Herbst – gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien – einen entsprechenden Ratschlag der Regierung. Die bürgerlichen Parteien – die sich im „Komitee NEIN zum Tram Erlenmatt“ zusammengeschlossen haben – ergriffen darauf das Referendum und konnten in nur kurzer Zeit die erforderlichen Unterschriften sammeln. Nun also kann dieses Projekt von den Wählern und Wählerinnen an der Urne entschieden werden. Was sind die Hauptgründe, die gegen ein Tram Erlenmatt sprechen?

### Horrende Kosten

Die Kosten von CHF 68 Mio. für das nur 1.2km lange Tramstück sind horrend. Dies ist eindeutig zu viel und deshalb nicht akzeptabel. Es wäre eine der teuersten Tramverbindungen in Basel.

### Minimer Kostendeckungsgrad

Der Kostendeckungsgrad einer solchen Tramlinie wäre nach Angaben der Verwaltung heute lediglich 11% (Betriebskosten von CHF 2.6 Mio. stehen prognostizierten Einnahmen von CHF 300'000 gegenüber). Weil auf

dem Erlenmattquartier neuer Wohnraum entsteht, wird sich die Frequenz der Trambenutzer und -benutzerinnen sicherlich erhöhen. Rechnet man mit einer Zunahme von 50% der Fahrgäste wäre der Kostendeckungsgrad bei 17% und bei einer Verdoppelung wäre er bei 23%. Vergleicht man dies mit einem von der BVB ausgewiesenen Kostendeckungsgrad über das gesamte Betriebsnetz von 60% wird klar, dass dieser für ein Tram Erlenmatt bei allen drei Varianten miserabel und deshalb nicht akzeptabel ist.

### Kaum Passagiere

Die Buslinie 30, die bereits heute mit den Haltestellen „Erlenmatt“ und „Mattenstrasse“ das Quartier zwischen Badischen Bahnhof und dem Riehenring erschliesst, ist laut Angaben der Verwaltung mit durchschnittlich nur 15 Passagieren in diesem Bereich belegt. Dabei handelt es sich um Busse mit einer durchschnittlichen Kapazität von 100 Fahrgästen. Da bleibt also noch

viel Kapazität und rechtfertigt den Einsatz eines Trams in keiner Weise.

### Erlenmatt ist gut erschlossen

Von den Befürwortern wird immer wieder erwähnt, dass dem Quartier Erlenmatt ein Tramschluss für eine gute Erschliessung „versprochen“ wurde. Wie ausgeführt, erschliesst schon heute der Bus 30 das Quartier bestens. Dazu kommt, dass die Tramlinien 14 und 21 die Haltestelle Musical-Theater bedienen (grenzt im Westen direkt an das Erlenmatt Quartier) und die Buslinien 36 und 55 (Richtung Badischer Bahnhof) im Osten bei der Station Erlenmatt das Quartier an den ÖV anschliessen. Es kann also keine Rede davon sein, dass das Erlenmatt Quartier mit dem ÖV ungenügend erschlossen sei.

### Keine Notwendigkeit

Es wird von den Befürwortern auch behauptet, dass ein Tram

### Pädophilen-Initiative: Keine Parole

Die Volksinitiative fordert, dass Pädophile nie mehr in ihrem Leben mit Kindern arbeiten oder diese im Sport- und Freizeitbereich betreuen dürfen. Dabei wird der Ausdruck „Pädophile“ sehr extensiv definiert – Unterschiede über Schwere des Delikts oder des Verschuldens werden nicht gemacht. Jede Person, die irgendeines Sexualdelikts schuldig gesprochen wird, darf die genannten Tätigkeiten lebenslang nicht mehr ausüben. Für einen liberal denkenden Menschen ist hier die Entscheidung nicht einfach. Viele der hier angesprochenen Delikte gehören zweifellos zu den schlimmsten Taten einer Person. Umfasst werden aber auch nicht so gravierende Delikte, etwa die sogenannte Jugendliebe, wenn etwa ein 18Jähriger mit seiner noch nicht ganz 16jährigen Freundin einvernehmlichen sexuellen Kontakt hat. Auch ist es aus liberaler Sicht schwer hinnehmbar, die richterliche Überprüfung des Einzelfalls derart kategorisch auszuschliessen. Vor allem handelt es sich hier um eine sehr persönliche Entscheidung. Diese soll auch jedem persönlich zu überlassen werden.

André Auderset

**68 Millionen  
Franken  
für nur  
1.2 km Tram?**

Erlenmatt ein wichtiger Bestandteil des Tramnetz 2020 sei und es deshalb gebaut werden müsse. Dies ist aus zwei Gründen falsch: 1. Das Tramnetz kann auch ohne ein Tram Erlenmatt aus den vorher erwähnten Gründen funktional gebaut werden und 2. der Grosse Rat hat das Tramnetz unter der Bedingung bewilligt, dass es nur unter „Beachtung der Wirtschaftlichkeit“ ausgebaut werden darf. Dies war eine wichtige Bedingung dafür, dass die bürgerlichen Parteien damals dem Ratschlag zustimmten und CHF 350 Mio. für dessen Realisierung akzeptiert hatten. Dass ein Tram Erlenmatt diese Bedingung nicht einhält, ist offensichtlich. Es wird immer wieder von den

Befürwortern behauptet, dass einige wenige „Scharfmacher“ unter den bürgerlichen Parteien gegen einen Tramausbau in Basel seien und nur deshalb das Referendum ergriffen wurde.

### Nicht Scharfmacherei, sondern Vernunft

Das stimmt natürlich in keinsten Weise: Es waren die Parteivorstände und die Grossratsfraktionen der bürgerlichen Parteien, die einhellig und aus Überzeugung das Referendum ergriffen haben.

Falsch ist auch, dass die bürgerlichen Parteien gegen einen Ausbau des ÖV sind (sie haben ja dem Ratschlag für das Tramnetz 2020 zugestimmt).

ABER: Es muss ein vernünftiger Ausbau des Tramnetzes werden – und das darf nicht von einer „nice to have“ – Ideologie geprägt sein!

Uns Bürgerlichen ist natürlich klar, dass wir nur weniger Individualverkehr in der Stadt haben werden, wenn noch mehr Menschen auf den ÖV umsteigen – und deshalb wird der ÖV auch weiter ausgebaut. Aber dies in einer Art und Weise, die eben vernünftig ist und auch die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt. Zudem ist im vorliegenden Fall das Quartier auch mit dem heutigen ÖV bestens erschlossen.

Deshalb sagt die LDP klar NEIN zum teuren und unnötigen Tram Erlenmatt.

## Nein zum Rheinuferweg auf der Grossbasler Seite

*Ein Rheinuferweg wäre „nice to have“, wie die Initianten selber sagen. Aber genügt ein „nice to have“, um an die wichtigste und eben auch schönste Stadtansicht von Basel einen durchgehenden Steg zu bauen? Natürlich nicht, sagen die Gegner. Die Gründe dagegen sind vielfältig: Die Grossbasler Rheinuferfront zwischen Wettsteinbrücke und Mittlerer Brücke wurde in die höchste Kategorie der eidgenössischen ISOS-Zertifizierung (Inventar schützenswerter Orte der Schweiz) eingestuft. Dies bedeutet, dass dort praktisch gar nichts gebaut oder verändert werden darf. Ausgenommen ist ein höher gewichtetes, nationales Interesse an einer Änderung des Stadtbildes – und dies ist natürlich bei einem Rheinuferweg nicht gegeben. Die Chancen, dass dies das Bundesgericht anders sehen würde, sind praktisch Null. Zudem müsste ein solcher Weg zwingend dem neuen, eidgenössischen Behindertengleichstellungsgesetz genügen. Dies wird zumindest im Bereich der Mittleren Brücke nicht möglich sein. Es wird von den Befürwortern auch immer wieder behauptet, dass es einen „filigranen“ Steg geben wird. ABER: wie kann ein ca. 3 Meter breiter Steg „filigran“ sein, wenn er fest im Rheinufer und an der Wand verankert und gegen die Privatgärten mit Stacheldraht abgesichert sein muss und zudem zur Rheinseite hin eine Sicherung angebracht werden muss, damit Kinder nicht in den Rhein fallen können. Es gäbe noch viele weitere Gründe gegen einen solchen Weg (zB. Schattigkeit, schützenswerte Natur auf der Pfalz, keine Verpflegungsmöglichkeiten, keine Einstiegsmöglichkeit in den Rhein oder hohe Kosten) – aber die vorher ausgeführten sollten eigentlich schon genügen, um klar gegen einen solchen Rheinuferweg auf der Grossbasler Seite zu sein. „Nice to have“ reicht eben nicht.*

Heiner Vischer

## Motion Conradin Cramer: Kampf gegen massive Gebührenerhöhungen für Stiftungen

Mit einer jetzt eingereichten Motion kämpft LDP-Grossrat Conradin Cramer gegen die massiv angestiegenen Gebühren, welche die neue Stiftungsaufsicht beider Basel verfügt hat. Diese Erhöhungen, die zum Teil mehr als einer Verdoppelung entsprechen, sind durch keinerlei zusätzliche Leistungen gerechtfertigt. Sie gefährden aber die nützliche und sinnvolle Arbeit der Stiftungen.



von Grossrat Conradin Cramer

Im Jahr 2011 wurde die gemeinsame Stiftungsaufsicht beider Basel geschaffen. Eine ihrer ersten Amtshandlungen war, die jährlichen Gebühren für kleinere Stiftungen mehr als zu verdoppeln. So zahlte eine Stiftung mit einem Stiftungskapital von CHF 7,5 Millionen früher CHF 650; neu zahlt sie CHF 1'650 pro Jahr. Die Erhöhung erfolgte, ohne dass sich im Stiftungsrecht oder bei den Aufgaben der Aufsichtsbehörde irgendetwas geändert hat.

Die massive Gebührenerhöhung ist für die gemeinnützigen Stiftungen schädlich: Durch die Gebührenerhöhungen haben sie weniger Geld zur Ausschüttung an ihre Destinatäre zur Verfügung.

### Stiftungsaufsicht als Profitcenter?

Auch bringt die Gebührenerhöhung weder dem Kanton noch der Allgemeinheit irgendeinen Vorteil. Einziger Effekt ist, dass die Stiftungsaufsicht zu einem eigentlichen Profitcenter wird: Im Jahr 2012 erwirtschaftete sie einen Reingewinn von CHF 684'390.92. Das entspricht einer satten Marge von 19.9 Prozent der Gebührenerträge. Dieses Geld kommt weder den Stiftungen noch den Steuerzahlern zu Gute, sondern verbleibt bei der Stiftungsaufsicht. Der Regierungsrat begründet, die Stiftungsaufsicht müsse gemäss Staatsvertrag „ein substantielles Eigenkapital erwirtschaften,

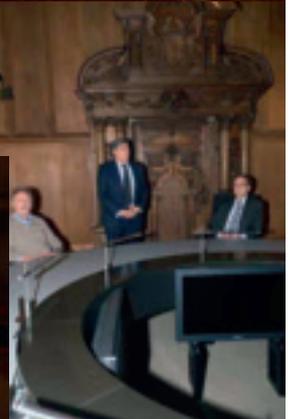
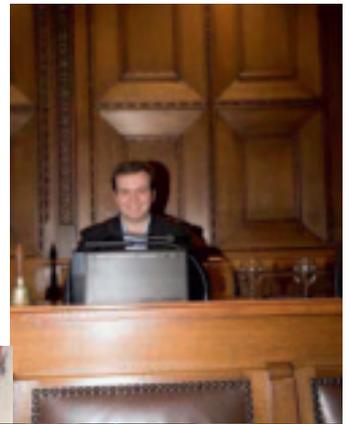
um finanzielle Schwankungen auffangen zu können“. Der Staatsvertrag zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ist aber keineswegs ein Sachzwang. Ein Staatsvertrag kann, zumal wenn er zwischen nur zwei Kantonen abgeschlossen ist, jederzeit einvernehmlich angepasst werden. Dies ist aus Sicht der LDP-Fraktion nötig, damit die Stiftungsaufsicht ihre massiven Tarifierhöhungen wieder rückgängig macht.

### BS und BL sollen auf eine Anpassung hinwirken

LDP-Grossrat Conradin Cramer fordert deshalb in einer Motion, dass der Regierungsrat zusammen mit Basel-Landschaft auf eine Anpassung des Staatsvertrags hinwirkt, damit die Gebühren der Stiftungsaufsicht wieder auf ein vertretbares Mass gesenkt werden können. Die Motion wurde von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichnet. Sie wird im Juni im Grossen Rat behandelt.

## Anlass im Rathaus: Sehens-, essens- und trinkenswertes

Zum Ende seines Präsidialamtes lud Conradin Cramer die LDP-Mitglieder ins Rathaus ein. Es gab eine Führung durch Rats- und Regierungsratssaal, wobei einige (B. Grob...) schon mal ihre späteren Arbeitsplätze testeten. Es gab zur Jahreszeit Passendes zu trinken (Glühwein) und zu essen (Gulasch aus der Kanone) - und es gab viel zu plaudern. Hier einige Eindrücke (Fotos: Ph. Karger):



# Jungliberale: Gedanken zum Stabwechsel

Philip Schotland gab an der jüngst abgehaltenen GV das Präsidium an Michael Hug weiter - Gelegenheit für den „Alten“ wie den „Neuen“, ihre Gedanken zu präsentieren:

## Weder zahnlos noch rückschrittlich



von Philip Schotland

Während drei Jahren durfte ich die Jungliberalen präsidieren. Schenkt man einer grösseren - respektive einer eigentlich kleineren - Wochenzeitung aus Basel glauben, so waren die vergangenen drei Jahre für die Jungliberalen kurz zusammengefasst solche des Rückschritts und der Zahnlosigkeit. Doch ist dem tatsächlich so? Während man früher den Pressespiegel bemühte, um zu sehen, wie aktiv eine Partei war, kann man dies heutzutage anhand ihrer Website überprüfen. Das Internet vergisst bekanntlich nie und so fällt es leicht, die Medienmitteilungen, Stellungnahmen, Wortmeldungen und sonstigen geistigen Elaborate der Jungliberalen unter [www.jungliberale.ch](http://www.jungliberale.ch) nachzulesen. Tut man dies, so kommt man zur Feststellung: Die Jungliberalen sind aktiv und alles andere als zahnlos! So engagierten sich die Jungliberalen politisch bei verschiedenen Abstimmungen an vorderster Front im Referendumskomitee. So etwa bei der Teilsperung der Elisabethenstrasse oder erst kürzlich gegen die Frauenquote. Die Jungliberalen brachten sich in die Universitätspolitik ein, skizzierten die Vision der Bildungsstadt Basel und lancierten zusammen mit den anderen Jungparteien gemeinsame Petitionen, wie jene zur Jugend-

bewilligung. Auch wenn die Jungliberalen nicht an illegalen Parties oder Demos teilnahmen, resultierten doch zahlreiche Mediennennungen aus den jeweils legalen Aktionen und Aktivitäten der Partei.

Doch nicht nur die Einträge auf der Website, die facebook-Präsenz oder die Mediennennungen zeugen davon, dass die Jungliberalen weiter Fortschritte machen: Sowohl bei den letzten Gesamterneuerungswahlen zum Grossen Rat wie auch bei den Einwohnerratswahlen in Riehen, zu Beginn des Jahres, stellten sich viele Jungliberale zur Wahl und unterstrichen mit ihrer Kandidatur die Absicht, ihre jungliberalen Ansichten in die Politik einbringen zu wollen. Überdies gilt es erfreulicherweise auch festzustellen, dass die Jungliberalen stetig Zuwachs bei den Mitgliedern vermelden können. Ein weiteres starkes Zeichen dafür, dass sich die Jungliberalen nicht im Rückwärtsgang befinden! So kann ich mit ruhigem Gewissen die Partei meinem Nachfolger in einem guten Zustand übergeben. Dies im Wissen darum, dass der aktuelle Fortschritt weitergehen wird.

## Keine Provokation um der Provokation willen!



von Michael Hug

Nach dem aktiven Mitwirken an Referenden gegen die Teilsperung der Elisabethenstrasse und die Einführung einer Geschlechterquote in staatsnahen

Betrieben, nach der Forderung für mehr Studierende an der Universität und der Fachhochschule und dem Aufbau eines Campus, stellt sich die Frage wie man in Zukunft die Schwerpunkte setzen soll und was ganz allgemein der Sinn einer Jungpartei ist. Welche Funktion soll dieses Gefäss erfüllen, was darf sie und was muss sie? Da die Grösse und die gesellschaftliche Wahrnehmung von Jungparteien als relativ gering gelten, „müssen“ sie „die politische Agenda und die Aufmerksamkeit der Gesellschaft mit auffälligen Aktionen und kontroversen Themen bestimmen.“ So z.B. durch provokative Videos oder Strassenaktionen. Dies wäre auch nach Frau Yen Duong der Tageswoche nötig die in einem Artikel über die JLB von einer „schwachen“ Jungpartei, die „konservativer als ihre Mutterpartei“ sei sprach. Soll dies demnach unser Ziel sein. Mehr Aufmerksamkeit, mehr Provokation? Mehr Unabhängigkeit von der Mutterpartei? Meines Erachtens ist dies nicht der einzige mögliche Weg. Grundsätzlich finde ich es unnötig die Provokation um der Provokation willen auszuüben. Vielmehr ist es jedoch wichtig aktuelle Themen, gerade solche

## Der JLB-Vorstand

- Michael Hug, Präsident
- Remi Berger
- Diana Blome
- Annina von Falkenstein
- Benjamin Grob
- Lukas Hug
- Daniel Knecht
- Adrienne Strahm
- Philip Schotland

die auch die Jungen angehen, nicht zu verschlafen. So sollte es von der Jungpartei eine Reaktion zu Themen wie dem Parkverbot für Roller, zur Masseneinwanderungsinitiative oder zur Drogenliberalisierung kommen. Dabei soll es nicht Sinn und Zweck sein, zu jedem Thema Leserbriefe zu verfassen, jedoch zumindest auf Online-Medien aktiv zu werden. Vielmehr aber soll ein Themengebiet aufgegriffen werden und konkret bearbeitet werden. Das Ziel soll dann ein kreativer Einfall sein, der auch über das Realisierbare hinausgehen kann. Ähnlich dem visionären Architekt, der vom Ingenieur und den Behörden zurückgepfiffen wird. Die Jungpartei kann und soll also Forderungen stellen können, die nicht eins zu eins umsetzbar sind oder einem strategischen Gebaren unterliegen. Fordern wir also mehr Campus-Leben an unseren Hochschulen, dass ERASMUS nicht untergeht, Bars und Clubs einfachere Bewilligungen erhalten und dass die Trams mit dem Herzstück der S-Bahn im Boden versinken? Was es bringt? Wir werden es sehen!



Die Parteipräsidentin (Mitte) zu Besuch bei den Jungliberalen.

## Lukas Engelberger in den Regierungsrat: Familie, Innovation und Wirtschaft als politische Schwerpunkte

Die Themen Familien- und Wirtschaftspolitik liegen dem CVP-Kandidaten nahe, ebenso Forschung und Innovation als wichtige Trümpfe von Basel. Die Parteiversammlung vom 9. April hat sich einstimmig für die Unterstützung der Kandidatur von Lukas Engelberger ausgesprochen. Nachfolgend hat der Kandidat selbst das Wort.

*Forschung und Innovation haben Basel geprägt, mit Life Sciences und Life Style. Das muss auch in Zukunft so bleiben. Basel soll weiterhin zum Fortschritt beitragen und sich als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort voll entwickeln können!*

*Dafür brauchen wir ein offenes Umfeld, moderate Steuern und Investitionen in Bildung, Forschung und Medizin, sowie eine engere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn.*

### Unternehmertum fördern

*Das Gemeinwohl lebt von Privatinitiative. Ein Firmengründer soll nach Basel kommen wollen! Dafür brauchen wir kundenfreundliche Behörden, eine leistungsfähige Verwaltung, vernünftige Gebühren und Platz, etwas Neues aufzubauen, auch wenn's zwischendurch etwas Lärm macht. Auch das Gewerbe und Gastgewerbe muss in einer Stadt seinen Platz haben, sonst*

*fehlt Leben, Wertschöpfung und Service vor Ort.*

### Familien entlasten

*Die Familie als kleinste soziale Einheit verdient Schutz und Förderung. Alle Familien sollen sich in Basel wohl fühlen! Eltern sollen ihr Familienmodell selber wählen können, ohne finanziellen oder sozialen Druck. Dafür brauchen wir eine gezielte Entlastung für mittelständische Familien. Sie sind im Vergleich zu anderen Familien und anderen Kantonen stark belastet mit Steuern, Krankenkassen und anderen Abgaben, ohne vom Staat Unterstützung zu bekommen. Diese Lasten müssen reduziert werden.*

### Basel noch wohnenswerter machen

*Die Stadt, der Kanton sind wir! Wer in Basel wohnen will, soll auf dem Wohnungsmarkt etwas Passendes finden. Dafür*

*braucht es gute Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau, ob kommerziell oder gemeinnützig. Wir müssen unseren Platz besser nutzen: die Stadt im Innern stärker verdichten und an den Rändern sanft vergrössern. Doch wir leben nicht vom Wohnen allein. Sicherheit, gute Schulen, zuverlässiger Verkehr, viel Grün, ein tragfähiges soziales Netz und eine lebendige Kulturszene machen Basel erst richtig wohnens- und lebenswert.*

### Bezahlbare Spitzenqualität im Gesundheitswesen

*Gesundheit ist ein elementares Grundbedürfnis. Am Forschungsstandort Basel muss auch die Gesundheitsversorgung Spitze sein und erschwinglich bleiben! Dafür brauchen wir eine starke Positionierung unserer Spitäler und eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn. Das neue Universitätskinder-*

### Zur Person:

*Jahrgang 1975, geboren und aufgewachsen in Basel; verheiratet mit Kirsten Beckers Engelberger, 3 gemeinsame Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren; wohnhaft im Gundeldinger Quartier; von Beruf Unternehmensjurist bei Roche; seit 10 Jahren Mitglied des Grosen Rates, 2007-2013 Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission; April 2013 bis zur Nomination im Februar 2014 Parteipräsident der CVP Basel-Stadt; Kandidat der CVP für die Nachfolge von Regierungsrat Carlo Conti.*

*spital beider Basel soll dafür als Beispiel dienen. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Förderung der medizinischen Grundversorgung durch Hausärztinnen und Hausärzte und andere medizinische Dienstleister. Sie sollen durch den Kanton bei der Vernetzung unterstützt werden. Abzulehnen sind jedoch Ansätze zu einer monopolistischen Staatsmedizin wie etwa die Idee der Einheitskasse.*

### Als Region zusammenwachsen

*Die Regio Basiliensis ist stark – wirtschaftlich und kulturell. Politisch sind wir schwach. Daran müssen wir arbeiten und uns besser vernetzen, damit wir die regionalen Interessen wirkungsvoller einbringen können – national und international. Dafür braucht es zunächst eine engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Basler Halbkantonen. Die Initiative „ein Basel“ weist dafür den Weg! Auch vor einer Fusion kann aber schon vieles verbessert werden. Die gemeinsame Planung und Organisation regionaler Aufgaben wie Bildung, Gesundheit und Verkehr muss weiter gefördert werden. Im internationalen Verhältnis müssen wir vermeiden, dass uns neue Grenzzäune die Luft abschneiden!*



# Andreas Albrechts Rücktritt aus dem Grossen Rat: Das „juristische Gewissen“, geht

Andreas Albrecht, Dr. iur. Advokat und Notar, von 2001 bis Januar 2014 im Grossen Rat, seit 2012 Präsident der Bau- und Raumplanungskommission des Rates und bis Ende 2013 Präsident des Bankrates des BKB, zog sich nun aus der Basler Legislative zurück, um sich vermehrt seiner Familie widmen zu können. Jahrelang galt er als das juristische Gewissen des Rates und oft war er es, der in entscheidenden Fragen einen Kompromiss über die Parteigrenzen hinweg bewerkstelligen konnte. Zeit für ein paar Gedanken des aus dem Rat Scheidenden. Die Fragen stellte Christine Wirz-von Planta.

**LIBERAL:** Du hast Deinen Rücktritt aus dem Grossen Rat per 31. Januar 2014 bekannt gegeben. Was hat Dich zu diesem Schritt bewogen?

A. Albrecht: Meine Frau und ich wurden im August 2013 Eltern einer Tochter. Ich möchte künftig - nach dem Abschluss des Mutterschaftsurlaubs meiner Frau - einen Werktag pro Woche zuhause sein, um mich unserem Kind zu widmen.

Man hat Dich oft als „juristisches Gewissen“ des Grossen Rates betitelt. Muss man Jurist sein, um das Amt auszuüben? Welches waren Deine hauptsächlichsten Fachgebiete, Einsätze und Highlights im Grossen Rat?

Jurist muss man überhaupt nicht sein. Es genügen Freude an der

politischen Auseinandersetzung und ein Flair für Verfahren und Regelungskonzepte. Im Grossen Rat beschäftigte ich mich vor allem mit Bau- und Raumplanung und mit Finanzen, insbesondere mit der Pensionskasse des Staatspersonals und mit den Steuergesetzen. Highlights waren die Arbeit an Gesetzen und an Bebauungsplänen für grössere Bauprojekte sowie an der Gesamtrevision des Zonenplans.

Einige Geschäfte erreichten Konsens dank Kompromissvorschlägen Deinerseits. Kompromisse werden auch als Politik der kleinen Schritte bezeichnet. Siehst Du das auch so?

Ja. Kompromisse sind kleine Schritte vorwärts. Die Konfrontation ist oft ein grösserer Schritt,

aber mit ungewisser Richtung - es könnte auch rückwärts gehen.

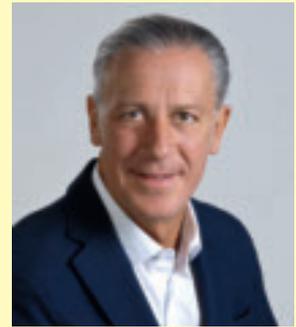
Haben sich die Fronten im Grossen Rat während Deiner Amtszeit verhärtet und hat sich die Gesprächskultur verändert?

Die Fronten haben sich nicht verhärtet. Die Gesprächskultur ist nach wie vor gut. Schade ist, dass viel zu viele Ratsmitglieder grossen Wert darauf legen, was die Medien über sie berichten. Und die Medien sind nicht immer treffsicher in der Unterscheidung zwischen Wichtigem und Unwichtigem. Manchmal machen sie aus dem dümmsten Hafenkäse eine Riesengeschichte, manchmal übersehen sie wichtige Entwicklungen.

Was schreibst Du ins - allerdings fiktive - Buch der LDP-Fraktion zu Deinem Abschied?

Schade, dass das Buch fiktiv ist. Lohnt es sich dann überhaupt, sich etwas auszudenken, was man hineinschreiben könnte? Vielleicht Folgendes: Bleibt so originell, geistig unabhängig und kreativ, wie man es von

## Neu im Rat: Raoul Furlano



Dr. med. Raoul I. Furlano ist Facharzt FMH am Universitäts-Kinderspital beider Basel und Abteilungsleiter. Nebst seinem Einsatz als Zunftmeister und Mitglied des 5er Ausschusses des Meisterbotts, ist er Bürgergemeinderat Basel seit 2011, im Grossen Rat seit Februar 2014. Seine Ziele sind: den gesunden Menschenverstand in der Alltags-Politik bewahren und die liberalen Ideale zu leben. Er wird sich einsetzen für eine lebenswerte und gesunde Stadt Basel - eine gute Wohnqualität und Sicherheit in den Quartieren - die Erhaltung und Förderung einer starken Medizinischen Fakultät und für ein überregionales medizinisches Zentrum, getragen von allen Partnern.

Euch gewohnt ist. Es war mir eine Freude, in dieser Fraktion Politik zu machen! Vielen Dank, lieber Andi, für das Interview, aber vor allem für Deinen Einsatz in der LDP-Fraktion.



Mehr als ein Dutzend Jahre war Andreas Albrecht Mitglied der Liberal-Demokratischen Fraktion im Basler Grossen Rat. Nun zieht er sich zu Gunsten von mehr Privatleben zurück.

### LDP-Parolen

Die Mitgliederversammlung der Liberal-Demokratischen Partei hat an der Mitgliederversammlung vom 9. April folgende Parolen für die Volksabstimmung vom 18. Mai beschlossen:

Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Ja zur Hausarztmedizin»)	JA
Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“	Stimmfreigabe
Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)	NEIN
Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (Rüstungsprogramm 2012 und Gripen-Fondsgesetz)	JA
Grossratsbeschluss vom 23. Oktober 2013 betreffend „Verkehrsdrehscheibe Badischer Bahnhof – Tram Erlenmatt und Vorplatz Badischer Bahnhof“	NEIN
Kantonale Volksinitiative betreffend „Grossbasler Rheinuferweg jetzt!“	NEIN

## Abschiedsrede des Grossratspräsidenten: Gute Politik wagen und an den guten Glauben des Gegners glauben

Es ist gute Sitte, dass ein scheidender Grossratspräsident noch einige Worte an das Plenum richtet, in denen er sehr persönliche Gedanken erläutert. So hielt dies auch Conradin Cramer - nachstehend leicht gekürzt seine Ausführungen.

Erstaunlicherweise hatte ich viel Zeit zum Nachdenken dieses Jahr. Zwar sass ich hier oben auf dem sogenannten Bock und hörte Ihnen zu. Aber Sie alle wissen, dass man das Zuhören die sechs Stunden eines Grossratstages nicht ganz durchhält. Wenn manche von Ihnen säuberlich getippte Manuskripte verlasen, die sich nicht darum kümmerten, was Vorrednerinnen schon gesagt hatten, drifteten meine Gedanken ab. Ganz präsidential auf Ausgleich und Harmonie bedacht, gab ich mich grossen Fragen hin: Warum, fragte ich mich, sind wir nur immer so unterschiedlicher Meinung? Und wenn wir uns schon nicht einig werden, warum muss die Meinung der Anderen gleich

komplett absurd, unsinnig und schädlich sein? Könnten wir uns auf gute Politik einigen?

### Was ist gute Politik?

Ich überlegte mir, ob es nicht einfach gute Politik gibt. Ob wir uns wir alle hundert auf Leitsätze einigen könnten. Angenommen, wir wären nicht auf eine Grossratsreise mit Schiff, Wein und Gesang gefahren, sondern in eine Art Konklave wie Kardinäle und Kardinälinen, um uns zu einigen, was gute Politik ist. Ganz abstrakt. Würden wir das schaffen? Einer meiner zaghaften Versuche für einen solchen Leitsatz lautete: Ein guter politischer Entscheid führt dazu, dass es möglichst

vielen Menschen besser geht, ohne dass es anderen Menschen schlechter geht. Ich fand das einen griffigen Gedanken, im Wissen darum, dass er nicht von mir ist. Ein scheussliches Handy-Geläut riss mich aus meinem Tagtraum. Ich ärgerte mich über den schamlosen Telefonierer im Grossratssaal und über meine eigene Naivität. So ein gemeinsamer Leitsatz brächte uns ja keinen Schritt weiter auf dem Weg zur Harmonie.

### Freiheit vs. Gleichheit

Wir sind uns nämlich nicht einig, was „gut für die Menschen“ auf unseren 37 Quadratkilometern bedeutet. Die einen finden das, was sie Freiheit nennen, ganz

wichtig, die Selbstbestimmung, die Verantwortung jedes Menschen für sein Leben. Andere sehen noch vor der Freiheit die Gleichheit als Ziel, sie möchten den Staat als nehmende und verteilende Autorität stärken. Ich liess meine hochtrabenden Gedanken sein, zumal auch das die Zehn-Minuten-Grenze streifende Votum sein von kaum jemand bedauertes Ende fand und zu allem Unheil weitere Sprecher zu befürchten waren. Mir war klar: Wir würden uns nicht einig werden, auch nicht im Grundsatz. Das vom Parlamentsdienstgeneralstab organisierte Konklave brächte nichts, ausser vielleicht ein paar neue Gerüchte und Verwirrungen von Herzen. Was gute Politik ist, können wir nicht abstrakt bestimmen. Vergessen wir die Harmonie, dachte ich mir, läutete mit der Glocke, setzte mein seriös zuhörendes Gesicht auf und hing weiter meinen Gedanken nach. Vielleicht, überlegte ich mir, würden wir uns einig beim Umgang mit der Uneinigkeit. Wir könnten uns doch auf gewisse Diskursregeln verständigen, die über unsere Geschäftsordnung hinausgehen. Ich kam auf drei Ideen, wahrscheinlich auch deshalb, weil ich gestärkt von unzähligen Reden mit immer genau drei Punkten nach meinem Präsidentschaftsjahr nur noch in Trilogien denken kann.

### Auch der Andere will das Richtige

Als erstes kam mir folgende Idee für eine solche Diskursregel: Anerkennen wir, dass auch politische Gegner das Gute und Richtige wollen. Dass die anderen also nicht einfach eigennützig daherreden oder dumm und dreist sind. Im Privatrecht, einer meiner intellektuellen Wahlheimaten, gibt es den wichtigen Grundsatz, dass vom guten Glauben auszugehen ist. In Artikel 3 unseres Zivilgesetzbuches von 1907, das den Höhepunkt schweizerischer Gesetzeskunst darstellt, steht prominent und hübsch formuliert: Das Dasein des guten Glaubens einer Person ist zu vermuten. Wenn also ein politischer Gegner etwas

## Osterhasen-Verteilerte: Eine Tradition wird weitergeführt



Auch diese Ostern gingen Repräsentanten der Partei auf die Strasse, um Passanten und Passantinnen mit Schoko-Osterhasen zu überraschen. Überrascht reagierten tatsächlich viele - und oft kam die Frage: „Was? Einfach so?“ V. l. n. r. als „Osterhäsinnen und -hasen“ Heiner Vischer (Merci für das Sponsoring!), Christine Wirz-von Planta, Patricia von Falkenstein und Mario Biondi.

sagt, dass Ihnen die Nackenhaare hochstehen lässt, weil Sie es grundfalsch finden, gehen Sie davon aus, dass er wirklich glaubt, was er sagt. Gehen Sie einfach mal davon aus, dass die politische Gegnerin auch das Gute will, aber das Gute anders definiert als Sie. Möglicherweise ist mein Vorschlag etwas zu vertrauensselig, da wir ja von uns selbst wissen, dass wir manchmal kleinliche Ziele verfolgen, Parteiinteressen oder gar eigene. Aber mindestens darf man vermuten, dass andere nicht ruchloser sind, als man selbst. Diese Art zu denken - das ist je-denfalls meine Erfahrung - führt nicht zu mehr Harmonie, aber zu einem respektvolleren Diskurs.

### Wahrheit liegt oft in der Mitte

Und nochmal anderes beleuchtet: Wäre es nicht unglaublich arrogant zu glauben, nur die eigene Meinung oder - mangels einer eigenen Meinung - die Meinung der eigenen Fraktion sei die einzig richtige für die Welt? Es wäre doch absurd zu denken, dass man es selbst immer besser weiss, oder - was ich noch schlimmer finde -, dass man moralisch immer Recht hat. Das moralische Überlegenheitsgefühl ortete ich übrigens auf allen politischen Seiten und es hat mich selbst in meiner neutralen Präsidialfunktion dazu geführt, wie der emotionsunterdrückende Mister Spock manchmal eine Augenbraue hochzuziehen. Gerade in den politischen Randzonen ist die Überzeugung von der eigenen höheren Moral manchmal beängstigend ausgeprägt. Das hat für mich etwas Paradoxes, da alle Lebenserfahrung zeigt, dass die Wahrheit selten am Rand liegt.

### Für mehr Gelassenheit

Meine zweite Idee kam mir anlässlich der Beratung eines Verkehrsgeschäfts, also während einer langen und nicht von grosser Freundlichkeit geprägten Debatte. Im rhetorischen Tram- und Auto-lärm hatte ich den einfachen, aber nicht zu unterschätzenden Gedanken,

dass etwas mehr Gelassenheit wohl niemandem schaden würde. Die politischen Kämpfe, die Generationen vor uns führten, sind doch eigentlich vorbei. In unserer saturierten Demokratie sind alle grundversorgt, jeder darf seine Stimme erheben und wird auch gehört, wir sind rechtsstaatlich so gut gebettet wie wohl niemand sonst auf der Welt.

### Unpassende rhetorische Keule

Wir politisieren in dem ungeheuren Luxus, dass wir uns auf die Verbesserung des schon heute nicht Schlechten konzentrieren können. Wer die ganz grossen rhetorischen Keulen schwingt, wirkt seltsam unpassend in unserer Saal. Und die nicht kalt zu kriegenden Links-Rechts-Standardprüche passen nicht zu unseren filigranen Problemen, sie wirken abgehört, kommen aus einer früheren Zeit. Eine Tempo-30-Zone oder das Budget des Gleichstellungsbüros taugen nicht zur Stilisierung als Wegscheidung für das weitere Schicksal von Basel. Nicht, dass ich der Leisetreterei das Wort reden will, bewahre: Scharfzüngige Rhetorik und harte Debatten sollen sein. Wir sollten alle unsere Entscheidungen für Basel sehr ernst nehmen, aber

uns dabei bewusst sein, dass es nicht die Weltprobleme sind, die wir hier verhandeln, und wir nicht so tun müssen, als wären sie es.

### Hemmungen beim Regulieren sinnvoll

Ich will nicht den Eindruck erwecken, dass ich mich hier oben gelangweilt und wie ein Prinz im Elfenbeinturm vor mich hin philosophiert hätte. Meistens hörte ich Ihnen wirklich zu. Dabei ist mir aufgefallen, wie gern Sie alle - auch die sich ganz liberal Gebenden - Regeln setzen. Der Glaube an die heilsame Kraft der Regulierung ist tief in den Herzen der Regierungs- und Grossratsmitglieder verankert. Was haben wir wieder Gesetze erlassen dieses Jahr, die dem Regierungsrat die Vorlage geben, um Verordnungen zu erlassen, die den Departementen eine Vorlage sind für Weisungen! Ich staune manchmal, wie wir zwar kritisch über Einzelheiten diskutieren, aber die Notwendigkeit einer Regulierung an sich selten in Frage stellen. Eine für mich beeindruckende Ausnahme war das sogenannte Hooligan-Konkordat. Hier fanden die meisten von Ihnen neue Vorschriften unnötig. Das zeigt, dass die gesunde Furcht der freien Bürgerin und des freien

Bürgers vor zu viel staatlichem Eingriff in unsere Gesellschaft noch manchmal auflodert.

### Skepsis ungeniert ausleben

Mein hoffnungsvoller Verdacht ist, dass die meisten von uns eine liberale oder subversiv-konservative Regulierungshemmung in sich tragen - unabhängig, wie sich ihre Partei nennt. Ich wünsche mir, dass Sie diese gut schweizerische Skepsis vor neuen Vorschriften ungeniert ausleben. Als Leitzatz würde ich dazu ganz einfach formulieren: Es muss sehr gut begründen, wer vom Grossen Rat ein Gesetz will.

### Das Fazit:

Die Essenz meiner offiziellen Schlussrede kann ich ganz einfach zusammenfassen: Im politischen Diskurs sollte man den guten Glauben beim politischen Gegner vermuten. Man sollte Meinungsunterschiede über die wichtigen, aber nicht weltbewegenden Fragen unseres schönen Kantons gelassen, ohne moralischen Überlegenheitsgestus diskutieren. Gegenüber neuen Regulierungen darf man unabhängig von der politischen Haltung ganz grundsätzlich skeptisch sein.



Für Familie und Partnerin hat Conradin Cramer nach Ende seines Präsidialjahres wieder mehr Zeit.

# Jedem Regierungsrat sein Denkmal?



von André Auderset\*

Es ist ein natürliches Bedürfnis des Menschen, in Erinnerung bleiben.– und zwar positiv –, wenn man ein Amt oder gar diese Welt verlässt. Wenn dieses Bedürfnis aber darauf hinausläuft, sich ein Denkmal zu setzen, und erst noch Politiker in Amt und Würden befällt, dann kann es aber schnell teuer werden. Und die Rechnung zahlt dann nicht der „Besteller“ des Denkmals, sondern wir alle als Steuerzahler.

Jüngstes Beispiel, wie dieses Bedürfnis gleich den Gesamt-Regierungsrat überfallen hat, ist das OSZE-Treffen im Dezember 2014. Die „Kiste“ ist so gross, dass die Medien bereits im letzten Monat darüber informiert wurden, wie viele Polizisten (900) und Soldaten (5000!) Basel natürlich „nicht in eine Festung“ verwandeln werden – dies ausgerechnet in der Adventszeit. „Süsser die Marschstiefel nie klingen...“ als neues Weihnachtslied? Dass solche Anlässe für den Veranstaltungsort ein Verlust-

geschäft sind, kann man dann einige Tage später lesen, gefolgt vom markigen Bekenntnis, man wolle aber trotzdem Basel als Kongressstadt positionieren. Knapp 3 Mio. Fr. werden dafür – mindestens – hinausgeworfen. Frage: Wissen Sie noch, wo die OSZE das letzte Mal tagte? Nein? Das zeigt eben: Die Werbewirkung ist gleich Null. In Erinnerung bleibt ein Tagungsort nur, wenn irgend etwas sehr schief geht. So wissen noch sehr viele, dass die OPEC (ja, ich weiss, hat nichts mit der OSZE zu tun) 1975 in Wien tagte – weil es dort eine spektakuläre Geiselnahme durch ein Terrorkommando gab. Erinnern werden sich nach Dezember 2014 nur Herr und Frau Basler: An die Vorweihnacht mit einem von Uniformen geprägten Stadtbild, Dauer-Helikopterlärm die ganze Nacht sowie Strassen- und Tramsperrern rund um die Messe.

Ein wesentlich teureres Denkmal könnte das sogenannte „Herzstück“ werden. Dieses ist alles andere als „herzig“, sondern sieht eine S-Bahn-Verbindung zum Beispiel mit Halt viele Meter unter dem Marktplatz vor. Das Milliardenprojekt sei unbedingt notwendig, wird uns gesagt, um zwischen Bahnhof SBB und Bad. Bahnhof eine gute Verbindung zu haben.

Eine Frage an alle Befürworter: Schon mal die Tramlinie 2 benutzt? Die schafft das in wenigen Minuten – und das Allerbeste: DIE IST SCHON DA!

Sie kostet keine 30 Mio. nur für ein Vorprojekt und schon gar keine anderthalb Milliarden für den eigentlichen Bau. Wobei diese Zahlen sowieso höchstens Mindestwerte sind; wenn der Staat baut, wird es grundsätzlich viel, viel teurer. Es bleibt zu hoffen, dass der Basler Souverän diesem Anflug von Grössenwahnsinn an der Urne en Garaus machen wird!

Immerhin gibt es Regierungsräte, die machen es auch etwas billiger, um sich ein Denkmal zu setzen. RR Wessels begnügt sich mit dem Projekt, am Bad. Bahnhof für 11,5 Millionen Franken in einem Regallager unterirdische und vollautomatisch betriebene Velo-Parkplätze zu schaffen. 66 Veloparkplätze hat er auf dem Luzernerring-Viadukt bereits einrichten lassen. Da steht zwar nie ein Velo, aber es kostete auch „nur“ 18'000 Franken – und laut seinem Sprecher lohne sich das dann schon, wenn einmal das Herzstück fertig sei.

So billig macht es unser Stadtpreesi nicht – er will gleich die Welt retten, wie in diesem Blatt zu lesen war. Dazu jettet er an eine Klima-Konferenz nach Johannesburg. Es trafen sich – wie Morin stolz sagte – die Bürgermeister „globaler Mega-Citys“. Da war wohl der Wunsch (nach einem Denkmal?) Vater des Gedankens...

\* Dieser Artikel erschien als „Basler Kommentar in der Basellandschaftlichen Zeitung.“

4010 Basel

PP

## Liberal

Forum für liberale Politik  
in der Region Basel

April 2014  
ISSN 2296-0155

Preis  
Einzelpreis CHF 4.00,  
Jahresabonnent CHF 18.00

Auflage  
2'500 Exemplare  
erscheint bis zu sechs Mal  
jährlich

Herausgeberinnen  
LDP Basel-Stadt  
LDP Riehen/Bettingen  
Jungliberale Basel

Redaktion  
André Auderset

Redaktionsadresse  
Elisabethenanlage 25,  
4010 Basel  
T 061 272 12 36,  
F 061 272 17 43  
andre.auderset@ldp.ch

Inserate  
Elisabethenanlage 25,  
4010 Basel  
T 061 272 12 36,  
F 061 272 17 43

Herstellung  
Gremper AG, Basel

## Denken Sie auch liberal?

Ja, und deshalb möchte ich Mitglied werden

Ja, und ich möchte mehr Infos über die LDP

.....  
Name und Vorname

.....  
Adresse

Bitte einsenden an die rechts angegebene Adresse der LDP-Geschäftsstelle oder via [info@ldp.ch](mailto:info@ldp.ch).